

Die Bundeswehr greift in Deutschland an

Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten

Verehrte Eltern, Elternbeiräte, Schülerinnen und Schüler, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wollt Ihr, dass in Euren Schulen und Klassenzimmern die Bundeswehr den Stundenplan versaut?



Mappus muss weg

Wollt Ihr, dass die Bundeswehr über die „Wohltaten“ ihrer weltweiten Auslandseinsätze berichtet?

Statt Soldatenromantik mehr Zeit für gemeinsames Lernen, Mathematik, Grammatik, für Naturwissenschaften,

für Freundschaften und Solidarität und gegenseitige Hilfsbereitschaft.

Ministerpräsident Mappus (CDU) kennt seine eigene Landesverfassung, auf die er verpflichtet ist, nicht. Die „... Erziehung der Jugend zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe

...“ (Auszug: Artikel 12 der Landesverfassung von Ba.-Wü.) ist darin festgeschrieben. Solche Verfassungsgrundsätze machen Kooperationsvereinbarungen mit

der Bundeswehr, wie sie das Kultusministerium von Ba.-Wü. mit der Bundeswehr geschlossen hat, um den Zugang des Militärs in Schulen und Universitäten zu erleichtern, fragwürdig. Solche Vereinbarungen sind skandalös.

Wir wollen keine Militärpropaganda an unseren Schulen und an unseren Universitäten!

Die Bundesregierung und die Bundeswehr setzen vor allem bei jungen Menschen an. Sie sollen davon überzeugt werden, dass Soldaten in den Krieg geschickt werden können und dazu bewegen werden, sich als

Soldat zu verpflichten. Daher kommen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater



**„Kein“ Kriegseinsatz
„Kein“ Sozialabbau!
DKP Heidenheim**



Unterricht in der Kaserne

Rund 1500 Schüler ließen sich in der Eichelbergkaserne in Bruchsal den Alltag von Bundeswehrsoldaten zeigen - von der Grundausbildung bis zur Fahrt mit dem Panzer. Ein Offizier des ABC-Abwehrregiments erklärt einem jungen Schüler die Funktion einer Schutzmaske. HZ 09.07.2010 Foto: ddp

an Schulen und Universitäten, veranstaltet die Bundeswehr Events für Jugendliche, wirbt im Internet, in Zeitungen, in Kinos und Fernsehen für den Soldatenberuf. Wehrdienstberater versuchen in Arbeitsagenturen arbeitslose Jugendliche zu rekrutieren. Auch bei sog. Ausbildungsmessen sind sie mit Hochglanzbroschüren präsent.

Die Schule ist einer der besten Orte für die Bundeswehr, auf Jugendliche einzuwirken. Wenn der Jugendoffizier kommt ist Teilnahme Pflicht. Der Jugendoffizier übernimmt die Rolle des Lehrers und gewinnt in seiner Uniform zusätzliche Autorität.

Im Zeitraum von 1998 bis 2010 sind die Kosten für die Nachwuchswerbung von 9,2 Mio. Euro auf 27 Mio. Euro gestiegen.

Die DKP sagt: Schulen und Universitäten sind keine Orte für Militärpropaganda.

Schulen und Universitäten sind auszubauen und zu sanieren.

Konsequente Lernmittelfreiheit, keine Studiengebühren. Gleiche Bildungschancen für alle. ★

Forderungen der DKP an die Landespolitik (Auszüge)

- ★ Kooperationsvertrag des Kultusministeriums Ba.-Wü. mit der Bundeswehr aufkündigen
- ★ Keine Rüstungsforschung an den Hochschulen
- ★ Weg mit den Studiengebühren an den Hochschulen - dafür Sondersteuer auf Rüstungsprofite
- ★ Recht auf Bildung unabhängig von sozialer Herkunft und Nationalität
- ★ Keine Privatisierung und Elitebildung der Hochschulen und Universitäten
- ★ Den verfassten Studierendenschaften müssen Mitbestimmungsrechte gesichert werden.
- ★ Die Bundeswehr hat nichts in den Klassenzimmern und in der Lehrerausbildung zu suchen

Stadt u. Landkreis Heidenheim

- ★ Keine Werbeveranstaltungen für die Bundeswehr im Landratsamt, bei den Ausbildungsmessen, auf öffentlichen Plätzen und Schulhöfen.
- ★ Die Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) im Landkreis sind aufzulösen

Unterstützen Sie unsere Anliegen



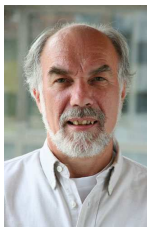
Wilhelm Benz
Erstbewerber
GBR-Vorsitz. Rewe UE GmbH
DGB Heidenheim 2. Vorsitzender

Verkäufer
geb.: 19.11.1953



Johann Holzheu
Ersatzbewerber

Dipl. Pädagoge
geb.: 03.08.1944



Stadtrat Reinhard Püschel (DKP)
Fraktion: *Die LINKE/* DKP

Kontakt
zur DKP Heidenheim

Schumannstraße 3
89518 Heidenheim

Telefon: (07321) 42424
E-Mail: WilhelmBenz@aol.com



V.i.S.d.P: DKP Heidenheim, Ulrich Huber (Jan. 2011)

Baden -
Württemberg



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Bundeswehr raus aus den Schulen und Universitäten

Frieden schließen
statt weltweit schießen - DKP

